

Volksmacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Werkerschaften

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Werkerschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Nr. 48.

Danzig, den 12. Juni 1912.

3. Jahrgang.

Deutschland und die belgischen Wahlen.

Man braucht nur einen Blick in die Zeitungen von einigen Tagen zu werfen, um zu bemerken, daß die belgischen Wahlen in Deutschland von allen Parteien fast wie eine Angelegenheit des eigenen Landes empfunden werden. Zentrum und Konservative jubeln über den Sieg der klerikalen Regierungspartei, der Liberalismus zeigt ein enttäuschtes Gesicht, die Sozialdemokratie aber kann sich damit trösten, daß sie ihre eigene Stärke beträchtlich vermehrt hat, wenn auch der erhoffte praktische Erfolg der Wahlen, der Sturz der wahlrechtsfeindlichen klerikalen Regierung, ausgeblieben ist.

Das lebhafteste Interesse aller Parteien des Deutschen Reichs an dem Ausfall der belgischen Wahlen ist leicht zu verstehen. Stand doch im Vordergrunde des belgischen Kampfes das auch in Deutschland brennende Wahlrechtsproblem. In Belgien regiert der Klerikalismus mit Hilfe einer parlamentarischen Mehrheit, die er nicht seinem Anhang in der Bevölkerung, sondern dem Pluralwahlrecht verdankt. Es ist ihm sogar gelungen, seine Mehrheit im Parlament zu verstärken, obwohl er auch diesmal, wie es scheint, diesmal noch mehr als bei den vorletzten Wahlen, an Zahl der Wählerstimmen in der Minderheit geblieben ist. Ganz dieselbe Erscheinung haben wir auch in Preußen-Deutschland, wo Sozialdemokratie und Liberale über eine gewaltige Mehrheit an Wählerstimmen verfügen, während Konservative und Klerikale im preußischen Landtag die erdrückende Majorität haben, im Reichstage von der Mehrheit nur um wenige Stimmen entfernt bleiben und einen Einfluß ausüben können, der zu ihrem Anhang in der Bevölkerung in gar keinem Verhältnis steht.

In Preußen-Deutschland wie in Belgien ist in engem Zusammenhang mit dieser politischen Lebensfrage auch das taktische Problem aktuell, ob es möglich und angängig ist, die konservativ-klerikale Minderheit aus ihrer ungerechten Machtstellung durch sozialdemokratisch-liberale Wahlbündnisse zu verdrängen. In Belgien hat nun ein solches Wahlbündnis die Erscheinung gezeigt, daß rechtsliberale Wähler in großer Anzahl ins klerikale Lager abgewandert, weil sie es nicht über sich gewinnen konnten, mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen. Man verrät kein Geheimnis, wenn man hinzusetzt, daß dergleichen Vorkommnisse auch in Deutschland nichts Ungewöhnliches sind. So haben am ersten Stichwahltag bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen fortschrittliche Wähler haufenweise für die reaktionären Kandidaten gestimmt. Für die Nationalliberale Partei hatte der Versuch eines Teiles ihrer Reichstagsfraktion, bei der Präsidentenwahl die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei zu behandeln, eine schwere Krise zur Folge.

Die liberale Presse müßte ihr Geschick nicht verstehen, wenn sie nicht verstand, die Schuld am Versagen des Liberalismus der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Täglich kann man in liberalen Blättern Artikel finden, in denen über die Kuppigkeit der deutschen Sozialdemokratie geklagt wird, ihnen die ausländischen Rivalenparteien als nachahmenswertes Muster vorgeführt werden. Als ein besonders nachahmenswertes Muster hat man uns bisher immer die belgische Sozialdemokratie vorgestellt, es ist aber zu befürchten, daß nun die liberale Presse vom letzten belgischen Wahltag ab auch an der bisher als besonders staatsmännlich gerühmten Arbeiterpartei Belgiens Anzeichen von Kuppigkeit bemerken wird. Es wird ja sicherlich nicht schwer sein, auch unter den belgischen Genossen Befürworter wie Scheidemann, Ledebour und Borchardt zu entdecken, bei deren Erscheinen sich jedem braven Patrioten die Haare sträuben und eine Gänsehaut über den Rücken läuft.

Der Liberalismus flammert sich an Außerlichkeiten, weil er gewöhnt ist, vor dem Kern des Problems die Augen zu verschließen. Es ist natürlich ganz oberflächlich, zu behaupten, daß der Liberalismus als Ganzes oder in seinen einzelnen Teilen nicht mit der Sozialdemokratie gehen könne, weil das sanfte Gemüt des Spießbürgers die Außerlichkeiten des starken sozialdemokratischen Temperaments nicht verträgt. Als ob es zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie nicht noch ganz andere Unterschiede gäbe als Verschiedenheiten des äußeren Auftretens und der rhetorischen Steigerungen! Als ob es ein Zufall wäre, daß die Beamten, Privatangestellten und sonstigen „kleinen Leute“, die dem Liberalismus anhängen, eine steigende Neigung zur Sozialdemokratie bekunden, also auch an einem Zusammengehen mit ihr keinen Anstoß nehmen, während die kapitalkräftigen Elemente, vor allem die Unternehmer der Industrie, lieber der klerikalen Reaktion die ganze Hand geben als der Sozialdemokratie den kleinen Finger! In Rheinland-Westfalen schließen die Nationalliberalen Bündnisse mit dem Zentrum, um den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern, und im benachbarten, gleichfalls hochindustriellen Belgien gehen die liberalen Kapitalisten zu den Klerikalen über! Der Sieg des Klerikalismus läßt sich ja nur so erklären, daß die vom Liberalismus abtrünnigen Wähler zum größten Teil Mehrer in mehr oder weniger gewissen sind, die Angehörige der besitzenden Klassen und Vertreter von Kapitalinteressen.

Es sind nicht die Außerlichkeiten des sozialdemokratischen Auftretens, sondern es ist die soziale Frage selbst, die die Position des Liberalismus von heute so überaus schwierig macht. Die Sozialdemokraten dürften noch viel höflichere Leute sein, als sie es schmeicheln schon sind, die schamlos macherisch gesinnten „Arbeitgeber“, die klassenbewußten Hausbesitzer, alle die sich durch den Fortschritt der Sozialpolitik und das Vordringen des Sozialismus in ihren Interessen bedroht fühlen, würden auch unter dem Glacehandschuh die Arbeiterkluft merken und ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unbedingt ablehnen. Die zum Teil beherrschende Stellung, die diese Elemente innerhalb der liberalen Parteien einnehmen, sie sind es, die den Liberalismus von einer Krise in die andere treiben und seine Taktik, sowie sie eine Wendung nach links nimmt, immer wieder durchkreuzen.

Der brennende Wunsch, ein großes Ziel zu erreichen, ihr Vaterland von der Pfaffenschule, dem Analphabetentum und dem Pluralwahlrecht zu befreien, hat die belgische Sozialdemokratie vor dem taktischen Mittel eines Wahlbündnisses nicht zurückschrecken lassen; aber Pfaffenschule, Analphabetentum und Pluralwahlrecht haben gesteckt, weil ihnen der Kapitalismus im Augenblick der Gefahr zu Hilfe eilte. Solche Erfahrungen sind nicht angenehm, aber doch nützlich, weil sie dafür sorgen, daß die Masse der Besitzlosen über vergängliche parteipolitische Konstellationen die großen Klassengegensätze der Zeit und die letzten Ziele des Sozialismus nicht aus den Augen verlieren.

Die belgische Sozialdemokratie, die aus den Wahlen gestärkt hervorgeht, wird ihren Kräftezuwachs dazu benutzen, um den Kampf gegen die politischen Vorrechte des Besitzes für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit gesteigerter Energie fortzuführen. Die Vermutung, daß eine bestimmte Sorte von Liberalen deswegen die Hände über den Kopf zusammenschlagen könnte, wird sie nicht hindern dürfen, ihren eigenen Weg weiter fortzugehen. In Belgien ebenso wenig wie in Preußen!

Politische Übersicht. Zur Polenfrage.

Wiederum hat die Regierung ein Geheiß zur Zurückdrängung des Polentums erteilt und wiederum ist es bei seiner Beratung im Landtag zu äußerst stürmischen Szenen gekommen, die, wenn sie auch ohne Polizeieinsatz erloschen wurden, doch bei weitem alles übertrafen, was unsere Gegner als sozialdemokratischen „Kadaver“ zu bespötteln liebten. Da ist es wohl angebracht, einmal zu fragen, weshalb wir eigentlich eine Polenfrage haben und was darunter zu verstehen sei.

Das polnische Reich ist zum letzten Male 1815 aufgeteilt worden, und der Anteil, der dabei an Preußen kam, betrug heute — nach der bekannten „Lamundenhaften“ Verneinung der Polen — wenig mehr als drei Millionen Köpfe. Wie klein muß er vor 100 Jahren gewesen sein! Schon diese Tatsache wirkt ein schlechtes Licht auf die preussische Regierungsgeschichte. Was muß das für eine Regierung sein, die es nicht einmal in 100 Jahren fertig bringt, einen so kleinen Bruchteil fremdländischer Elemente so innig mit dem eigenen 40 Millionen Volk zu verschmelzen, daß er daran völlig vorbeigegangen ist! Wobei noch zu bedenken ist, daß seit 1871 das deutsche Element durch das ganze deutsche Reich verstreut ist, so daß man heute das Verhältnis von drei Millionen Polen unter 70 Millionen Deutschen rechnen muß. Wenn die richtig behandelt worden wären, könnte es eine Polenfrage überhaupt nicht geben.

Hierauf antworten die regierenden Kreise Preußens: die Schwierigkeit liegt im bösen Willen der Polen. Die wollen eben nicht im Deutschtum aufgehen. Im Gegenteil, sie halten fest an dem Streben, das alte polnische Reich wieder aufzurichten. Und gegen solches Streben, das nur mit Zertümmung des preussischen Staates verwirklicht werden könnte, muß sich der Staat mit allen Kräften wehren. Daher die Berechtigung aller der Ausnahmegesetze gegen die Polen.

Ob es wahr ist, daß die Polen noch jetzt nach 100 Jahren die Herstellung eines selbständigen Staates erstreben, wollen wir nicht untersuchen. Wir würden es doch nicht feststellen können. Zwar, die politischen Führer der Polen bestreiten es mit aller Energie, aber das will nicht viel sagen, denn die Herren sind genau solche Diplomaten, wie die Herren von der preussischen Regierung. Und auf diplomatische Versicherungen geben wir nicht viel. Ein Interesse an der Wiederherstellung des polnischen Reichs mag bei den belgischen und russischen Klassen der Polen voranden sein, denn sie würden ja in diesem Reich herrschen. Die polnischen Violettäre haben entschieden keine Interesse daran, ihnen kann es ziemlich gleichgültig sein, ob sie von Besitzenden deutscher oder polnischer Nationalität ausgebeutet werden. Wenn sie das bis heute noch nicht in dem wünschenswerten Maße eingesehen haben, so liegt das gerade an der preussischen Unterdrückungspolitik, die macht es dem polnischen Adel und dem polnischen Kapital leicht, den Proletariats einzureden, alle Polen können ein gemeinsames Interesse an der Unterdrückung des Preussentums.

Wir wollen also annehmen, die preussische Regierung habe Recht mit ihrer Behauptung, die Polen streben wirklich noch heute nach der Wiederherstellung ihres Reichs. Dann drängen sich doch sofort zwei Fragen auf: wie kommt es, daß dieses Streben noch nach 100 Jahren nicht eingeschlafen ist? und welche Mittel sind geeignet, die Gefahr, die daraus für den preussischen Staat entspringt, abzuwenden? Auf beide Fragen wird man zunächst antworten müssen, daß die bisher angewandten Mittel auf keinen Fall die richtigen sein können. Das gibt auch die preussische Regierung zu, daß sie bisher einen vollständigen Mißerfolg mit der Polenpolitik erlebt hat. Seit 26 Jahren ist nimmermehr die Ansiedlungspolitik im Gange, und heute

steht die Sache so, daß die Polen in Westpreußen und Posen über 100 000 Hektar mehr an Land gewonnen haben als die Deutschen! Außerdem aber haben sie begonnen, die Grenzen dieser beiden Provinzen zu überschreiten und sich auch in Schlesien, Ostpreußen und Pommern in größeren Mengen festzusetzen. Sieht man also darin eine Gefahr für den preussischen Staat, so ist diese Gefahr zweifellos durch die Politik der preussischen Regierung vergrößert worden.

Nun wird man aber doch die Frage stellen dürfen: worauf zielt denn die preussische Politik eigentlich hin? Auf welche Weise soll denn die angebliche polnische Gefahr abgewendet werden? Zwei Wege sind doch überhaupt nur denkbar: entweder Assimilierung der Polen, so daß sie mit der Zeit im Deutschtum aufgehen, oder ihre Ausrottung! Will man die letztere, so soll man doch frei und offen sagen. Allerdings würde sich dann vermutlich ein Sturm in der ganzen gesitteten Welt erheben. Und in der Tat, so viel wir auch den preussischen Staatsmännern zutrauen, das glauben wir denn doch nicht, daß sie dumm genug seien anzunehmen, die Ausrottung eines Volkes von 3 Millionen, das überdies jenseits der Grenzen seine Stammesgenossen hat und in solchem Kampf die Sympathien der ganzen gesitteten Welt finden würde, könnte ihnen je gelingen.

Dann bleibt eben doch nur die Assimilierung übrig. Die aber würde erfordern eine möglichste enge Vermischung der Polen mit den Deutschen. Man stelle sich nur vor, daß 2 Millionen sich in jeder Form unter 70 Millionen mischen, mit ihnen in Verwandtschafts-, Wirtschafts- und andern Beziehungen treten — wie lange würde es da wohl dauern, bis die drei Millionen ausgegangen sind, freilich nicht ohne die besten Eigenschaften ihres Wesens auf die 70 Millionen übertragen zu haben? Uebrigens liegt bereits ein Beispiel vor. Die Juden in der Provinz Posen werden von denselben Parteien, die sonst die Träger des Antisemitismus sind, als rein deutsches Element gepriesen, und man bedauert, daß sie infolge des ewigen Nationalitätenzanks mehr und mehr aus der Provinz fortziehen. Wenn das wahr ist, dann ist es doch nur so zu erklären, daß die Juden sich durch ungehinderte und weitgehende Vermischung den Deutschen völlig assimiliert haben. Die Russenwendung für die Polen liegt auf der Hand.

Und doch geht die preussische Regierung den gerade entgegengesetzten Weg und will auch dabei bleiben! Am 17. Mai bestätigte im Abgeordnetenhaus der Landwirtschaftsminister ausdrücklich, daß man mit allem Vorbedacht unter den deutschen Anhängern hauptsächlich die evangelischen heranzieht und die katholischen zurückweist, um eine gar zu enge Vermischung mit den katholischen Polen zu vermeiden. Wörtlich sagte er:

Nicht als wenn die Katholiken schlechtere und minderwertige Deutsche wären; aber das connubium (eheliche Verbindung) und das commercium (wirtschaftliche Verbindung), welches sie mit den polnischen Bewohnern zusammenführt, und die gleiche Religion, welche Gelegenheit zu weiterer Berührung gibt, trägt es im Lauf der Jahre dahin, den Nationalitätenunterschied zu verwischen.

Ja, aber das muß doch gerade der Zweck einer vernünftigen Politik sein, den Unterschied und damit den Gegensatz der Nationalitäten mit der Zeit zu verwischen! Wenn man das nicht will, — was will man dann eigentlich? Das heißt doch, mit vollem Bewußtsein die Polen zurückstoßen, sie von einer Annäherung an die Deutschen fernhalten, und folglich in ihnen das Gefühl nähren, daß sie nur durch Wiederaufrichtung des polnischen Reichs vollwertige Staatsbürger werden können!

Muß man daraus nicht schließen, daß die maßgebenden Kreise in Preußen ein Erlöschen der großpolnischen Bestrebungen im Grunde gar nicht wünschen, und daß diese ihnen nur als Vorwand dienen für eine Politik, die tatsächlich ganz andere Zwecke verfolgt? Und müssen einem dabei nicht unwillkürlich die maßlos gestiegenen Bodenpreise in den polnischen Landesteilen in den Sinn kommen, aus denen sowohl polnische als deutsche Grundbesitzer auf Staatskosten gewaltige Vorteile gezogen haben?

Deutschland. Ein Skandal.

In der letzten Reichstagsitzung vor den Sommerferien haben die Genossen Schulz und Dr. Frank einen militaristischen Skandal zur Sprache gebracht, der selbst in Preußen-Deutschland keinesgleichen noch nicht hat. Wir haben den Vorfall bisher nicht erwähnt, erst jetzt, wo der Vorfall das gesamte Material veröffentlicht wird, die ganze Angelegenheit der Verfolgung und planmäßigen Schädigung eines jungen Menschen offenbar. Es handelt sich um den Sohn des als Redakteur am Vorkwärts tätigen Genossen Düwckel, Bernhard Düwckel, der im Herbst 1909 einen Jugendverein in Wichtenberg gegründet hat, einer Verbindung von Arbeitern, die zu 6 Mark Geldstrafe wegen Übertretung des Vereinsgesetzes — Teilnahme Jugendlicher an politischen Vereinen — verurteilt, als einige Monate später der Verein aufgelöst wurde; ein von der Polizei eingeschickter, etwas geistig schwacher Jugendlicher hatte bei seiner Vernehmung alles ausgesagt, was man von ihm hören wollte, wie das in solchen Fällen ja stets der Fall sein wird. Obgleich 1910 wollte nun Düwckel, der eine Oberrealschule absolviert hat, seine Reifeprüfung (Abiturientenexamen) machen. Provinzialschulkollegium und Ministerium lehnten ihn aber ab, weil, wie es im letzten Bescheid heißt, er nicht die nötige „moralische Reife“ besäße. Die endgültige Abweisung hat folgenden Wortlaut:

Rgl. Provinzialschulkollegium. Berlin W. 9, den 5. Juli 1911.

III. Nr. 334. Ptskstr. 42.

Wie aus dem uns von Ihnen eingereichten anbei zurückfolgenden Urteile der 4. Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts 3 vom 5. Mai 1911 hervorgeht, haben Sie die Befehle des Staates absichtlich übertreten und in Ihrem ganzen Verhalten, insbesondere bei Ihren Verbindungen vor Gericht und bei den uns gemachten Angaben die Wahrsamkeit vermissen lassen, die für jeden Menschen, namentlich aber für einen gebil-

deuten Mann, unerlässlich ist. Bei dem beschränkten Mangel an ...

(gez.) W a g e r.

Damit war Düwels der Möglichkeit beraubt, irgendwo in ...

Gemäß Paragraph 89, Ziffer 4, der Deutschen Wehr ...

Der Vorsitzende. (gez.) S i l b e r.

Jugendlich wurde Düwels, trotz seiner geringen ...

Ein Kolonialbeamter.

Der Pensionskommission des Reichstags lag die Pension einer ...

Frans Kabe, geboren 24. Juli 1870, von 1892 bis 1897 ...

Es wird berichtet, dass die Kommission ...

Alle Mittel sind erlaubt.

Das ist die Haltung der ...

unter fasslichen Verstand erfolgte. Tatsächlich ist dann von der ...

Die Taten der Essener ...

Noch etwas von der Essener Polizei.

Die Essener Arbeiterzeitung bringt das Bild eines ...

Beyer ist nach seiner eigenen Angabe vor Gericht mit 230 ...

Im Unterhalt seiner Familie ließ dieser Mensch seine Frau ...

Ein Plan zum Ausschlagern der Sozialdemokraten.

Vor einigen Wochen erschien in der Deutschen Tageszeitung ein ...

Reines Gerede muß der Feind direkt angegriffen werden ...

Daß der Verband kommunistischer ...

Die Arbeiter aber ...

Es wird auch beabsichtigt ...

Die Sorgen der europäischen Staaten.

Es wird berichtet, dass die ...

Die in allen ...

Der Präsident des ...

hauses erlitt auf seinem Schlosse Bernburg in Thüringen ...

Splonageaffäre in Spandau. Im Spandauer ...

Ausland. Rußland.

Ein Gewaltstreik der Zarenhelfer.

Die Geheimpolizei verhaftete an hundert Mitglieder des ...

In Moskau wurde das liberale Blatt ...

Sieg der Vena-Arbeiter.

Die gewaltigen Proteststreiks der russischen Arbeiter ...

Österreich-Ungarn.

Gewalt gegen Gewalt.

Die ungarische Regierung ist von einem reaktionären ...

Am 7. Juni ...

Die Szenen, die sich nach den Schüssen des Attentäters ...

Im Parlament gehen inzwischen die Skandalisierungen weiter.

Belgien.

Nach der Wahl.

In einer der letzten Nächte ist in zwei Brüsseler Kirchen ...

Nach dem offiziellen Ergebnis der Kammerwahlen ...

Die ersten Mannen ist es in der Gemeinde Horn, gekommen. Die Polizei die Menschenansammlungen zu zerstreuen versuchte, kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei drei Personen verletzt wurden. Im Vorzuge beläuft sich die Zahl der Ausständigen auf 35 000.

Kleine politische Nachrichten.

Schwarzburg-Rudolstadt bleibt toll! Bei den Landtagswahlen sind neun Sozialdemokraten und sieben Bürgerliche gewählt worden. Die Sozialdemokraten haben also dieselbe Mehrheit wie im aufgelösten Landtag erhalten. Der Appell der Regierung an die Wähler war erfolglos.

Im Herzogtum Koburg-Gotha gewannen unsere Genossen nach den neuesten Meldungen nicht ein, sondern zwei Mandate.

Ende der Festung Magdeburg. Durch Verordnung vom 28. Mai wird Magdeburg vom 1. Oktober 1912 an als Festung aufgelassen.

Aus Westpreußen.

Staatstreue Jämmerlinge.

In Chemnitz tagte der 39. deutsche Gastwirtstag, die Vertreterversammlung der bürgerlichen Gastwirtsverbände. Der Hauptversammlung ging eine Vorbesprechung der Bevollmächtigten voran, in der der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes, Ringel-Berlin, den Bericht des geschäftsführenden Ausschusses für das abgelaufene Jahr erstattete. Nach dem Berichtsjahr ist dieses Jahr eine Periode des schwersten Niederganges für das Gastwirts-gewerbe gewesen. Die Ursachen, so wurde ausgeführt, seien darin zu suchen, daß große Konjunkturschwüngen unter der Steuerung der Lebens-mittel zu leiden haben, ohne daß es ihnen möglich ist, den gesteigerten Aufwand durch Lohn- und Gehaltserhöhungen wieder voll her-einzubringen. Auch die große Trockenheit des letzten Sommers habe sich nicht als der überaus günstige Faktor für das Gastwirts-gewerbe erwiesen, als der er rein äußerlich betrachtet vielleicht er-scheinen mochte. Dazu komme, daß der seit 1909 als Wirkung der Reichsfinanzreform eingetretene Rückgang im Gastwirts-gewerbe heute noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Zum erstenmal zeigte sich eine absolute Abnahme der Zahl der Gast- und Schank-wirtschaften im Deutschen Reich; sie ist um 2,4 Prozent gesunken, während sie sich bisher um 1,2 Prozent jährlich erhöhte. Die Zahl der existenzlos gewordenen Gastwirte ist aber viel größer, als dieser Prozentfuß anzudeuten scheint. Und wie viele Gastwirte konnten nur mit Hilfe der Brauereien über Wasser gehalten werden, von deren Gnade sie jetzt abhängen. Das festere Steigen der Ansprüche des Publikums an Quantität und Qualität der Speisen und Getränke und an den Komfort der Räume hätten ein abermaliges Steigen der Geschäftskosten der Gastwirte zur Folge gehabt, und schließlich seien diese Lasten noch wesentlich gesteigert worden durch die soziale Gesetzgebung (?). Viel leichter seien die Brauer mit der ihnen auferlegten Brausteuer von 100 Millionen Mark fertig geworden. Selten sei die Lage der Brauindustrie so günstig ge-wesen wie im letzten Jahre. Mit dem Augenblick, wo die Brauer von den Wirten die Zusage der Hinnahme eines Preisaufschlages hatten, sei die gemeinsam beabsichtigte Ueberwälzung auf die Konsum-menten den Gastwirten allein überlassen worden. Die fargen Wirk-schaftserträge der Gastwirte hätten also für die Brauer feste Di-videnden zur Folge gehabt. Die Lehre hätten die Gastwirte aus den Kämpfen hinnernehmen müssen, daß sie in solchen Dingen auf sich allein angewiesen sind und daß die Gemeinsamkeit mit den Brau-ern immer nur eine schöne Idee bleiben wird. Für die Brauer sei die Brausteuererhöhung mit ihrer willkommenen Gelegenheit zur Preiserhöhung ein Segen des Himmels, für die Gastwirte ein Schreden ohne Ende gewesen.

Angehts dieser Verhältnisse müßte die Regierung zu der Ueberzeugung kommen, daß von neuen Lasten und Steuern für das Gastwirts-gewerbe so bald keine Rede sein darf. Statt dessen soll nach einer Ankündigung des Reichstagsabgeordneten Wurm im Reichstagsrat eine Flaschensteuer in Vorbereitung sein. Also mit der Gewerbesteuer, der Betriebssteuer, der Brausteuer, der Kon-zeptionssteuer, der Streichholz- und Blüthkörpersteuer, mit dem Tee- und Kaffeepf, der Branntweinsteuer, der Steuer auf Automaten und mechanische Musikwerke, der Stempelsteuer, der Luftbalken-steuer, der Einkommen-, Grund- und Kirchensteuer, die alle den Gastwirt treffen, soll es noch nicht genug sein! Die Ueberzeugung drängt sich immer mehr auf, daß das Gastwirts-gewerbe nur noch eine Domäne des Steuerfiskus ist und regierungsfreudig als solche be-trachtet wird. Was soll man mehr bewundern, die Gleichgültigkeit der Regierung, Steuern zu nehmen, wo sie gefunden werden, oder die auf dem besten Wege befindliche Aufreibung eines wichtigen Steuerfaktors für das Staatsganze? Die Staatsfürsorge für das Gastwirts-gewerbe besteht nur noch in der Schaffung von Steuerge-fahren. Auch mit der jahr-lang geforderten Beseitigung der Krebs-schäden im Gastwirts-gewerbe ist es im letzten Jahre nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Noch schlimmer aber als die Gesetze selbst wirkte ihre Handhabung durch die nachgeordneten Behö-den. Die Zahl der polizeilichen Verordnungen habe im Gastwirts-gewerbe einen nicht mehr zu übersehenden hohen Stand erreicht. Land-rat, Amtsvorsteher und Geraden, diese Dreieinigkeit, sei auf dem Wege, sich immer mehr zum Schredgespenst des Gastwirts auszu-bilden. Auch die Garnisonbehörden hätten während der letzten Reichstagswahlperiode durch Verhängung des Bogen's über solche Gastwirtschaften, die Sozialdemokraten zur Veranstaltung von Versammlungen einstanden, den Gastwirtsstand schwer geschädigt. Es ist, wie man sieht, eine lange Liste von Schikanen und Bedrückungen, über die der Bevollmächtigte der deutschen Gastwirte Anlage zu erheben hatte. Wie aber fiel das Fazit aus, zu dem er nach diesen Darlegungen kommen mußte? Man höre:

Unter beharrlicher Borenthaltung alles dessen, was eine Or-ganisation von 100 000 Gastwirten mit Zug und Recht verlangen kann, sind ihnen nur Lasten über Lasten aufgebürdet worden. In der Mehrzahl der Fälle haben die in Frage kommenden Behö-rden nicht einmal eine Antwort gegeben. Noch hat die Gesamt-heit des Gastwirtsstandes sich immer auf gut nationalem Boden gestellt. Diese unbillige Steuerlast aber in Verbindung mit der Misachtung und jorkschreitenden Entrechtung des Gastwirts-gewerbes muß schließlich zu einem Hemmschuh für nationale Ge-sinnung und Betätigung werden. Darüber sollte sich auch die Re-gierung klar sein, daß durch eine solche Politik die staats-treuen Elemente in das extreme Fahrwasser direkt hineingetrieben werden.

Ein jämmerlicheres Gewinsel als diese Schlußreden läßt man sich wahrlich kaum denken. Nachdem der Berichtsjahr, der in seiner Person die höchste Spitze der deutschen bürgerlichen Gast-wirtsvertretung darstellt, erst konstatiert hat, daß er und seine Kollegen als Stiefkinder der Gesetzgebung, ja mehr als das: als mißachtete Prügelknaben der Behörden behandelt werden, weiß er nichts besseres zu tun, als die „staats-treue“ und „nationale Gesinnung“ der Gastwirte zu loben. Diese Leute sind selbst schuld an ihrer Lage.

Danzig.

„An Damen vermieten wir nicht!“

Drei Tage schon war ich auf der Zimmerjuche. Wirklich kein Vergnügen für eine schlecht bezahlte Kontoristin, die mit jedem Pfennig rechnen muß. Aber noch immer hatte ich nichts gefunden, obwohl ich hinaus bis in die Mansarden gestiegen war.

Entweder hol mir ein dunkles, schmutziges Zimmer an, das ich nicht umsonst hätte haben mögen, oder man verlangte mit oieisagendem Miensenspiel einen Preis, der in keinem Verhältnis zu dem Zimmer stand. Meistens aber kam ich nur bis an die Korri-bortür. „An Damen vermieten wir nicht!“, und schon war mir die Tür vor der Nase zugeschlagen.

„An Damen vermieten wir nicht.“ Mich packte jedesmal eine grenzenlose Wut über die Beleidigung meines Geschlechts. Welche Herabwürdigung und Beschimpfung der Frau lag doch in diesen fünf Worten. Ist es nicht eine Ungerechtheit, die Gewährung einer Wohnung vor allen Dingen von den äußerlichen Geschlechtsmerk-malen abhängig zu machen und damit jedem Weibe unterchiedslos das Brandmal der Minderwertigkeit aufzudrücken? Ob das die Frauen wohl nicht selbst empfunden haben mögen, aus deren Munde ich diese Worte so oft hören mußte?

„Der Hausherr duldet es nicht.“ fügte eine Frau gleichsam entschuldigend hinzu, die wohl selbst das Beschämende dieser Be-stimmung fühlen mochte.

Ich war der Verzweiflung nahe. Zu meiner seelischen Er-regung kam die körperliche Ermüdung. Meine schwachen physischen Kräfte waren dem ewigen Treppauf, treppab nicht gewachsen. Ir-gendwo mußte ich doch wohnen. Auf die Dauer in dem christlichen Hofspiz zu bleiben, in dem ich für die ersten Tage Unterkunft gefunden hatte, gestatteten mir meine Mittel nicht. Ueberdies war mir das schneidende Gefrömmel zuwider.

Mißmutig und müde war ich wieder dorthin zurückgekehrt, hoffend, recht bald den so notwendigen Schlaf finden zu können. Aber immer wieder lang es mir in den Ohren: „An Damen vermieten wir nicht.“ Langsam nur schlichen die Nachtstunden dahin, während mir im Kopfe die Gedanken wild durcheinander wirbelten. Ich wünschte mir, ein Mann zu sein, um auch die Rechte der Män-ner genießen zu können, aber dann war ich doch wieder stolz darauf, nicht jenem Geschlecht anzugehören, das keine Macht dazu benutzt hat, die Frau zu unterdrücken und eine doppelte Moral zu schaffen.

Im Osten graute schon der junge Tag, als mir plötzlich ein rettender Gedanke kam. Ich erinnerte mich, daß hier ein Freund meines Bruders wohnte, der uns oft zu Hause besucht hatte. Er konnte und mußte mir helfen.

In frühesten Morgenstunden suchte ich ihn auf. Er war nicht wenig erstaunt über den unerwarteten Besuch, aber noch erstaunter, als ich ihm ohne längere Umschweife erklärte, ich sei lediglich ge-kommen, für eine Stunde oder, wenn es nötig sei, sollte, auch zwei seine Geliebte sein zu dürfen. Er war sprachlos und kam in sicht-liche Verlegenheit, als ich mit meiner Heiterkeit nicht mehr zurück-halten konnte. Ich erzählte ihm dann kurz meine Leidensgeschichte und wenige Minuten später waren wir auf dem Wege, um für ihn ein Zimmer zu suchen.

Bald hatten wir etwas Passendes zu angemessenem Preise ge-funden. Ich wurde als die Freundin vorgestellt, die täglich und auch zu ungewohnter Zeit ihn besuche. In richtiger Würdigung dieser Tatsache brachte die Wirtin dem „gnädigen Fräulein“ sofort noch einen zweiten Hauschlüssel zur persönlichen Benutzung. —

So wohne ich nun offiziell schon zwei Monate bei dem Freunde meines Bruders. Ich habe ihn zwar seit dieser Zeit nicht mehr ge-sehen, aber auf meiner Wirtin lastet wenigstens nicht das Dühm, an eine Dame vermietet zu haben.

Die Demokraten der Danziger Allgemeinen Zeitung.

Das Danziger Agrarierblatt teilt seinen Lesern in einer De-pesche mit, daß die ungarischen Oppositionellen, in einem Manifest das Vorgehen des Präsidenten, als ungeschicklich bezeichnen und die Verantwortung für die Geschehnisse dem Vizepräsidenten, der Majorität und dem Präsidenten des Hauses zuschieben.

Wörtlich bemerkt die Danziger Allgemeine Zeitung dazu: Das ist nicht am bequemsten und alle demokratisch Manier, die vor den lächerlichsten und größten Entstellungen nicht zurückschreckt.

Nach der Danziger Allgemeinen sind die ungarischen Opposi-tionsmänner also Demokraten. Diese Behauptung zwingt uns, sie etwas näher zu betrachten. Sicher sind die Szenen, die sich im ungarischen Abgeordnetenhaus abgespielt haben, nicht mehr zu überbieten. Eine derartige Gewalttat, eine solche Schöpfung eines Parlaments hat in der neueren Geschichte nur wenige Gegenstücke. Und an äußerem Reizwert, um die Gemüter zu erregen, hat es nicht gefehlt. Aber die Empörung, die der Gewaltstreich der Lisza und Konforten hervorruft, kam sich doch nicht entfernt neigen mit der, die durch den äußerlich geringfügigeren Streich der preußischen Junfer gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten im preußi-schen Dreiklassenhause ausgelöst wurde. Obgleich in Berlin ein Ab-geordneter hinausgeworfen wurde, in Budapest aber Dutzende und Dutzende. Obgleich die Maßregel in Preußen sich auf eine formelle Bestimmung der Hausordnung stützt, die in Ungarn aber völlig fehlt, obgleich in Preußen die Gewalttat keineswegs die Bahn für ein verhasstes Gesetz freizumachen hatte, während in Ungarn die Durchsetzung der Wehrverlagen erzielt wurde. Trotzdem also alle äußeren Anzeichen die ungarische Gewalttat, als bei weitem schlim-mer und folgenschwerer erscheinen lassen, als die in Preußen, trotz alledem kann man sie ihr nicht einmal an die Seite stellen. Denn die Gewalttat der preußischen Junfer wurde an einem Volks-vertreter geübt, die ungarischen Oppositionellen aber, die die Polizeihaft zu fühlen bekommen, sind alles andere als das. Dem Kampfe in Ungarn, dem Untergang der Opposition der Justiz und Konforten fehlt alles Grobe und Erbende. Dieser Kampf ist nichts weiter, als ein Streit zwischen zwei Cliquen, die um die Regierungskrippe raufen, der Streit zwischen zwei Räuber-

banden, die um die Beute raufen, die sie dem Volke abnehmen. Die Oppositionellen möchten sich zwar gern als die tapferen Kämpfer für eine demokratische Wahlreform ausgeben, die gegen eine reaktionäre Regierung im Felde stehen. Aber was sie dem ungarischen Volke unter der Etikette des gleichen und allgemeinen Wahlrechts zu bieten wagen, das ist eine freche Verhöhnung dieses Begriffs, das ist ein System, das die Ver-längerung der Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse Ungarns be-deutet, das sich nur dem Grade, nicht dem Wesen nach von dem Wechselbalg eines Wahlrechts unterscheidet, den der Minister-präsident Lukacz dem ungarischen Volke bescheren will. Deshalb fehlte dem skandalösen Schauspiel in Ungarn der weitläufige Resonanzboden, den es gefunden hätte, wenn es sich in Budapest um einen Kampf handelte, in dem es wirklich um das gleiche Wahlrecht geht, an dem das Volk des Landes unmittelbar beteiligt ist.

Unsere ungarischen Genossen erwacht aus dieser Situation eine schwierige Aufgabe. Sie haben für eine wirkliche Reform zu kämpfen, und ihre Aufgabe muß es sein, die Differenzen innerhalb der herrschenden Klassen für die Arbeiterfrage nach Möglichkeit auszunutzen. Daß sie den Gewaltstreich der Re-gierungsmamelucken zu bekämpfen haben, das liegt auf der Hand, nicht minder muß ihnen das Interesse des Proletariats ver-bieten, sich mit der junkerlich-bürgerlichen Opposition und ihrer Forderung nach einer Schwindelwahlreform zu identifizieren. Sie hat kein Interesse daran, die beiden kämpfenden Cliquen an ihrem Werk, an der Diskreditierung, an der Zerstörung des Privilegienparlaments zu hindern. Aber sie wird diese Vor-gänge ausnutzen können, um die Unmöglichkeit des Weiter-bestands dieses Seldsackparlaments zu beweisen.

Die Hunderte der Reaktion lehzen nach einer neuen Mekelei, in den Straßen der Hauptstadt patrouillieren die Soldaten und strengste Order ist ihnen erteilt, keine Schonung walten zu lassen. Wenn die Proletarier Ungarns den Lukacz und Lisza entgegentreten wollen, so müssen sie es für ihre Sache tun. Jeder Tropfen Arbeiterbluts, der für die Justiz und Polonji fließt, wäre zuviel!

Man vergleiche übrigens einmal, wie sich unsere im Drei-klaffenparlament vergewaltigten Genossen, die doch wirkliche Volksvertreter sind, im Gegensatz zu den oppositionellen Grafen und Standesleuten im ungarischen Abgeordneten-hause benommen haben. So schreibt z. B. das Berl. Tageblatt:

Dann wird Beza Polonji aus dem Saale geführt, wobei ein großes Hallo aus den Bänken der nationalen Arbeitspartei entfährt. Der reformierte Seelforger Kovacs von der Kossuthpartei ruft: „Ihr werdet kriechern, ihr Hunde!“ Der Abgeordnete Samrejanji schreit zur nationalen Arbeitspartei gewendet: „Schweine! Das werdet ihr uns büßen, das ist eine schamlose Schweinerei! Niederträchtige Bestien!“ Justiz schreit aus Leibeskraften den Mitgliedern der nationalen Arbeitspartei zu: „Lisza ist ein Schuft, aber der größte Schuft ist Lukacz!“ Vollständig ermattet sinkt Justiz auf eine Bank und beginnt bitterlich zu weinen. Der Abgeordnete Muslay von der nationalen Arbeitspartei geht auf Justiz zu und sagt ihm: „Ich bitte dich, lieber Freund, entferne dich in Ruhe aus dem Hause.“ Justiz springt vom Sitze auf und ruft Muslay zu: „Geh weg von mir, auch du gehörst zu dieser ekelhaften Bande!“

Der evangelische Seelforger, Abgeordneter Csiba wurde verhaftet, weil er sich an den Polizisten tätlich verging. Er schimpfte zur Galerie hinauf, wo die Gemahlin des Prä-sidenten, Gräfin Lisza, saß, schleuderte ihr wilde Flüche zu und verfluchte sie und ihre Familie bis zu den Enkelknieern.

Das sind nur ein paar Stichproben aus Ungarn, die in der preußischen Duma vielleicht ihresgleichen gefunden hätten, wenn die von Herrn v. Erffa und seinen Polizisten verge-waltigten Abgeordneten ein Graf Borchardt und ein Freiherr v. Leinert gewesen wären! Graf Michael Karosi, eines der tatkräftigsten Mitglieder der Opposition, ist übrigens der größte Grundbesitzer Ungarns und der Schwager des Ministers des Auswärtigen. Er wurde bei einer der Skandal-szenen mit den Polizisten handgemein und unter er-bittertem Widerstande wie ein Stroh-hin ausgehleppt. Die „Demokraten“ der Danziger Allgemeinen Zeitung sind Fleisch vom Fleische der preußischen Junker. Und das Bündlerblatt spottet seiner selbst und merkt das nicht einmal.

Leichenfund. Längere Zeit im Wasser gelegen haben muß eine männliche Leiche, die Sonnabend morgen im Kaiser-hafen gefunden wurde. Der tote war bekleidet mit schwarzem Jacketanzug, dunklem Überzieher, Zugtiegel, zwei Paar Ober-hosen, die durch einen Riemen gehalten wurden und einem Flanellhemde. Circa 14 Mark fanden sich bei ihm vor. Papiere dagegen fehlten, so daß es bisher nicht gelang festzustellen, um wen es sich handelt. Altem Anschein nach dürfte der Ertrunkene, der circa 30 Jahre alt ist, das Opfer eines Unglücksfalles geworden sein.

Einen Selbstmordversuch unternahm ein in Neufahrwasser beschäftigtes jüngeres Dienstmädchen, indem es Ljolof trank. In äußerst bedenklichem Zustande wurde die Bedauernswerte nach dem Krankenhause in der Delbrückallee geschafft.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Berichtliches.

Von der Militärjustiz.

Zwei Urteile zum Nachdenken.

1. Der Husar Otto Gessler von der 3. Eskadron des Braun-schweiger Husaren-Regiments hatte das unerhörte Verbrechen be-gangen, sich dem Wachthabenden gegenüber unpassend zu benehmen. G. ist ein leicht erregbarer Mensch; jedoch ließ das Kriegsgericht in Braunshweig diese Tatsache nicht als strafmildernd gelten. Im Interesse der „Manneswürde“ wurde der Verbrecher zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

2. Dasselbe Gericht verhandelte sodann gegen den Vizewacht-meister Heinberg von der 4. Eskadron der 17. er Husaren. H. hatte vor Jahresfrist einen Husaren mit der Faust gegen die Brust und das Gesicht gestoßen und dem Mann bei der Gelegenheit einen Zahn ausgeschlagen. Ein mildernde Umstände hatte Heinberg von der Mißhandlung erlitten. Urteil: elf Tage gelinder Arrest!

Wer wagt nun noch zu bezweifeln, daß unsere Militärjustiz vollkommen ist?

MAGGI^s Bouillon-Würfel der beste!



5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“

Total-Ausverkauf

meiner großen Lager wegen vollständiger Aufgabe:

Moderne Mädchen-Kleider
in Woll- und Wascstoffen

Moderne Mädchen-Paletots
in blauen und Stoffen englischer Art

Moderne Knaben-Anzüge
in Woll- und Wascstoffen

Moderne Knaben-Pyjacks

Ulster, Paletots in den verschiedensten Stoffen und Farben.

Die Preise sind so enorm herabgesetzt, daß sich eine derartig günstige Kaufgelegenheit wohl nie wieder bieten wird.

U. van der See Nachfl. Holzmarkt 18.

485

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53-55

Vorzugskarten sind in der Zigarrenhandlung von Eugen Sellin zu haben.

Anerkannt vornehmstes u. leistungsfähigstes Lichtspielhaus in Danzig.

Familien-Programm.

Humoresken. Naturbilder. Dramen. Lustspiele. Komödien. Szenen usw.

Stets das Neueste.

Zigarren, Zigaretten

Kon- u. Schnupftabak empfohlen

Eugen Sellin

Danzig, Schüsseldamm 56 gegenüber der Bartholomäikirche.

Frauen-Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der Maurerherberge, Schüsseldamm 28.

Tagesordnung:

1. Welches Interesse haben die Arbeiterfrauen am Konsumverein. Referent Genosse Grünhagen.
 2. Verschiedenes. 487
- Zahlreichen Besuch erwartet Die Parteileitung.

Lokalbeamter gesucht.

Die Zahlstelle Köln a. Rh. des Deutschen Holzarbeiterverbandes sucht, infolge der Wahl des Kollegen Schulz zum Bauvorsitzer, eine tüchtige Kraft als Lokalbeamten.

Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied sein. Anfangsgehalt 2100 Mk., außerdem 20 Mk. pro Monat Teuerungszulage. Eventuelle Dienstjahre in gleicher Tätigkeit werden angerechnet.

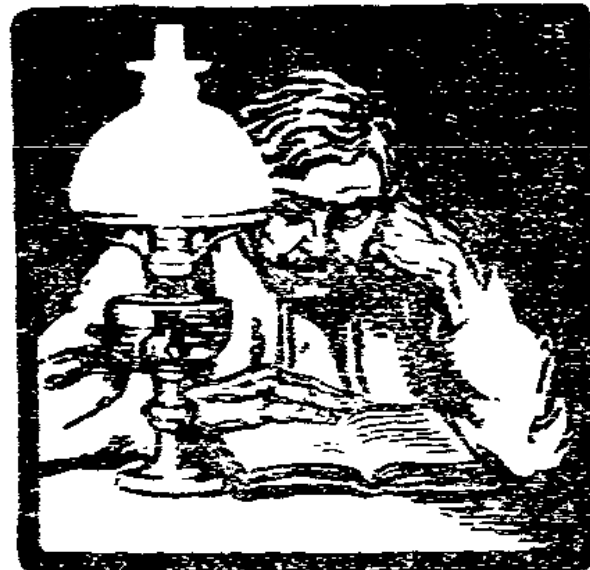
Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie einer kurzen selbstgeschriebenen Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten sind mit der Aufschrift: „Bewerbungen“ bis Montag, den 17. Juni an R. Schmidt, Köln a. Rh., Severinstr. 199, einzureichen.

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur

empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

Preis pro Satz 10 Pf. **Ergebnis-Gewinnkarte**

In Freien Stunden



Eine Wochenchrift
Romane und Erzählungen
für das arbeitende Volk

Verlag: Buchhandlung Hermanns, Post-Ginger, Carl S. Reith
Zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

Bei Verstopfung, Hämorrhoiden, zur Blutreinigung

Bei Obst und Feuertätigkeit sind ein hervorragendes, 1000fach bewährtes

Hausmittel „Bennopillen“

Schachtel 1 Mark in der Apotheke Max Reichert Nachf. in Eibing. Zusammensetzung: Extr. Rhei. Rhamni parsh., Aloes Taraxac. aa 1,0 Pfr. Gentian. Rhei. aa 0,75 Extr. Gentianae qu. s. Fiat pil. L. (1783)

1 Beilage.

Veruchen Sie unsere Brotorten:

Breslauer Brot Roggen	Danziger Hausbrot sauer	Danziger Hausbrot Hefe
Lübecker Brot grobgemengtes	Graham-Brot Weizenschrot	Landbrot baltfein
Kommissbrot Roggen	Wiener Milchbrot prima Weizenmehl mit Vollmilch	
Schrotbrot grob Roggen	Artusbrot vollkörnig	

Jedes Brot trägt unsere Firma: Goldene Medaille für hervorragende Leistungen!
Fabrikate in den durch blaue Schilder gekennzeichneten Geschäften erhältlich.

Danziger Brotfabrik

Kolkowgasse 15.

Gr. Ala-Lotterie

Hauptgewinne
1. W. von 133 000
50 000
10 000

Alle Gewinne mit 99 Proz. des angegebenen Wertes Bar-Geld zu verfahren. 1. Preis 2 Mk., 11 Lose 20 Mk. Porto und Lotter. 3/10. zu haben bei

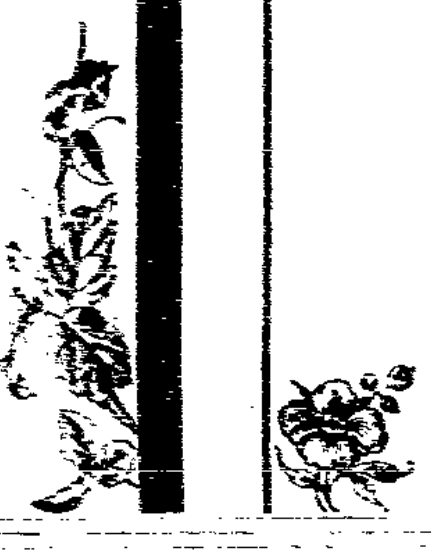
Felix Neumann,
Danzig, Breitgasse 28.

- Friseur** M. Schiele, Altkönigsstr. 13.
Friseur M. Neumann, Schüsselstr. 13.
Friseur M. Fröhke, Wismarsplatz 2.
Friseur Paul Wächter, Gr. Berggasse 22.
Friseur A. Müller, Schüsselstr. 13.
Friseur Ewald Kruse, Opera Schüsselstr. 13.
Friseur Paul Müller, Erbweg, Elm. Markt 6.
Friseur W. Schwabenberg, Schüsselstr. 13.
Friseur Fritz Meier, Rumbaustr. 2.
Friseur Ernst Wilm, Rumbaustr. 2.
Friseur J. Schramowski, Rumbaustr. 2.

2 Beamte
werden für die Zustände der...
S. Dannehauser, Rumbaustr. 2.

Eine Ausgabe der Volkswacht
haben wir in der Zigarrenhandlung von Eugen Sellin, Danzig, Schüsselstr. 56, jedes Sonntag gratis erhalten. Die Zeitungen werden auch gegen ein Abonnement auf die Volkswacht verschickt. Bestellen Sie bei Eugen Sellin.

Ausflügler
kehrt nur in denjenigen Wirtschaften ein, welche auf die **Volkswacht** abonnieren sind. Sie in ihren Lokalen auslegen und in dieselbe inserieren!



Haar-Arbeiten
Wer hier fertig von den dazu gehörigen Haaren in kürzester Zeit fertig wird!

J. Schramowski
Königsplatz 18.
Tägliche Arbeit zu billigen Preisen.

Spazierfahrten
Premier bis 12 Personen
in jeder Zeit
zur Verfügung

Ehlert
Karthäuserstr. 130.

Wahlrecht-Platten
Der Freiheit Morgenrot
Sozialisten-Mark
Ein Seiten des Volkes
Arbeiter-Mark
ohne Anstrengung zu hören

Eibinger 593
Platten-Zentrale
Hans Tischmann
Platten von 6.50-5.40 A
am Lager

Zahn-Atelier
betreibt sich jetzt
Jopengasse 13
Ecke Paradiesgasse

• künstliche Zähne, Plomben, Goldkronen
• den modernsten Ausrichtungen
• zu maßiger Preisen

Schillers Werke
3 Bände zu 4 Mark
Erlaubt wieder eingetauscht

Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32.

Theodor Parlo
Danzig
Sternstr. 10. 112 u. 114.

Kolonialwaren
kaufen Sie hier billiger als sonst

Th. Kuchel, Rumbaustr. 2.

Thorn.

Ich habe meine Lokalitäten der Freien Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

Jeden Sonntag Tanz.
Um günstigen Zuspruch bittet
Joh. Jankewicz.